



Guatemala-Stadt, Juni 2015

Notizen eines deutschen Anwalts in Guatemala

Die Ereignisse überschlagen sich weiter, aber ich versuche heute eher die „grossen Linien“ der Geschehnisse zu beschreiben:

1. Die Exekutive ist kollabiert. Der Präsident Otto Pérez Molina (OPM), der noch vor einem guten Jahr über eine Mandatsverlängerung auf 6 Jahre schwadronierte, ist noch im Amt - aber kein Handelnder mehr. Nach dem Rücktritt von Roxana Baldetti kam es zu neuen Verhaftungen am 21. Mai 2015. Hintergrund war ein betrügerischer Vertrag des Vorstands des Gesundheitssystems für die versicherten Arbeitnehmer (IGSS), der mindestens 10 Patienten das Leben kostete. Festgenommen wurde neben dem ehemaligen Privatsekretär des Präsidenten, den dieser als Chef des IGSS durchgesetzt hatte, der gesamte IGSS-Vorstand, darunter der Präsident der Bank Guatemalas. In den Tagen danach traten wichtige Minister zurück, darunter López Bonilla, der Innenminister; aber auch andere Vertraute des inneren Präsidentenzirkels wurden zum Rücktritt gezwungen. Heute hält OPM sich nur noch, weil die US Botschaft und der CACIF den Protesten nicht zu viel nachgeben und einen von ihnen kontrollierten Wechsel wollen, „um

die staatliche Institutionalität zu bewahren“. Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall: Öffentliche Institutionen finden nicht mehr statt. Ich wage zu behaupten, dass OPM sich nicht bis zum 14. Januar 2016, dem Datum der Machtübergabe, halten wird¹.

2. Die Wahlen im September sind sicher nicht die Lösung der Krise. Fast alle der zur Wahl stehenden Parteien sind Teil des korrupten Systems; daran zweifelt niemand, auch nicht die traditionell staatstragenden Sektoren. Es ist Konsens, dass das Verfassungsmodell von 1985 untragbar geworden ist; der Kongress ist längst Symbol der Korruption. Die Forderungen nach einer Reform des politischen Systems sind Allgemeingut und öffnen interessante neue Wege². Das ermöglicht Reformen und sogar die Einsetzung einer Verfassungsgebenden Versammlung. Das Problem ist nur: wie können Reformen mit diesem Kongress gemacht werden, und vor allem: Wie kann man garantieren, dass eine neue Verfassung eben nicht von den alten Seilschaften bestimmt wird, die die Situation ausnutzen zur Konsolidierung des korrupten Systems? Mindestens müssten vorher zentrale Gesetze geändert werden, wie dasjenige zur Kontrolle der politischen Parteien und deren Finanzierung. Aber reicht dafür die Zeit? Müssen die Wahlen verschoben werden? Reicht die Kraft der Bewegung dazu, das zu erzwingen? Die eher konservativen Sektoren haben sich dem

¹ Am 10. Juni 2015., kurz nachdem ich dies schreibe, eröffnet das Oberste Gericht (CSJ) das Verfahren zur Aufhebung der Immunität des Präsidenten.

² Aktuell existiert eine nicht unerhebliche Tendenz in der Bevölkerung, bei den Wahlen „ungültig“ zu stimmen. Wie immer wurde das kritisiert mit dem ewigen Argument, dass

„diese Stimmen dann verloren sind“. Interessante Tatsache ist, dass heute auch der Präsident des obersten Wahlgerichts und CEDECOM (Zentrum zur Verteidigung der Verfassung) öffentlich darüber nachdenken, ob nicht ein bestimmter Prozentsatz solcher bewusster Nein-Stimmen zur Wiederholung der Wahlen zwingen müsste.



zuerst verschlossen, allerdings ist das jetzt nicht mehr so eindeutig.

3. Auch die Justiz wird als Teil des Problems wahrgenommen, zumal die Skandale der letzten Wochen immer mehr RichterInnen mit einschliessen, zuletzt die Präsidentin der Strafkammer des obersten Gerichts (CSJ), Blanca Staling. Sie wurde in den Abhörmitschnitten als Garantin der Bestechung ihrer Schwägerin erwähnt, der Richterin Siera de Staling, die die Köpfe des Steuerbetrugs-Syndikats „La Línea“ im April gegen eine lächerlich geringe Kautions von der Haft verschonte; am 21. Mai 2015 wurde dann noch ihr Sohn verhaftet wegen des IGSS-Skandals. Als dann noch am 6. Juni 2015 Francisco Palomo, der Anwalt von Ríos Montt und graue Eminenz dieser Art von Justizsystem, erschossen wird, kann man nur ahnen, was zurzeit hinter den Kulissen abgeht. Die Empörung angesichts der korrumpierten Justiz wird daher immer grösser und die Forderung nach einer umfassenden Justizreform präsenter.

4. Die Bevölkerung demonstriert nicht nur, sie feiert ihr eigenes Erwachen. Alle Schichten und Altersgruppen machen mit, trotzdem handelt es sich vor allem um das Aufstehen der vorher passiven urbanen Mittelschicht. Es herrscht eine Atmosphäre von zivilem Ungehorsam, die ansteckend scheint. Die 1. Mai-Demonstration wie auch Aktionen von ländlichen Organisationen wie CODECA haben die Reform- und Rücktrittsforderungen längst aufgenommen. Eine ständig gesungene

Parole lautet: „Ni Otto, ni la Roxana, se imaginaron esta fiesta ciudadana“.³ Es wird jeden Samstag demonstriert, jeden zweiten Samstag massiv. Am 16. Mai waren es 60 – 80'000 Menschen, 14 Tage später vielleicht noch mehr, Gebete, Kunstaktionen, Nachmittags- und Nachtdemonstrationen eingeschlossen. Die Kreativität dieser Aktionen bleibt ungeheuer beeindruckend und auch die politische Richtung ist unstrittig: Rücktritt und Verurteilung der Verantwortlichen, Rückzahlung der gestohlenen Gelder, politische Reformen im oben genannten Sinne, Ende der Straffreiheit, Justizreform und richterliche Unabhängigkeit.

5. Was wird passieren? Alles ist möglich. Das korrupte System ist nicht tot, seine Kandidaten machen Wahlkampf, nur geht gerade keiner hin. Die Bevölkerung sagt entschieden: „Basta Ya“ und will wirkliche Veränderungen. US Botschaft und CACIF halten zurzeit den Präsidenten, werden diesen aber wohl fallen lassen, wenn es geboten erscheint. Die Handelskammer scheint offener für die notwendigen Reformen, der industrielle Sektor setzt eher noch auf OPM. Die runden Tische, die die Reformen technisch ausarbeiten sollen, können das ohne Druck der Strasse sicher nicht tun, weil es Brems- und Manipulierungsversuche geben wird. Die Stiftung Mack hat das für die Justizreform heute schon denunziert.

Miguel Mörtz

³ Übersetzt sinngemäss: „Nicht Otto und auch nicht Roxana stellten sich vor, es gäbe so viel Konfetti...“